

Die Redemokratisierung in Thailand und die Wahlen vom 23. Dezember

Theeraphat TRANGKATHUMKUL

www.seas.at

27. November 2007

Der Weg vom Putsch am 19. September 2006 bis zu den Parlamentswahlen am 23. Dezember 2007 war alles andere als einfach, dennoch steht die Demokratie in Thailand heute insgesamt besser da.

1,8 Millionen ThailänderInnen, davon fast 40,000 im Ausland lebende, haben sich für die Stimmabgabe außerhalb ihres Wahlkreises bei den Wahlbehörden angemeldet. Dieses Recht, außerhalb des Wahlkreises seine Stimme abgeben zu können, ist eines von vielen neuen Elementen der Verfassung, die Thailands Demokratie durch aktive und direkte Bürgerpartizipation, höhere ethische und moralische Anforderung an PolitikerInnen, Stärkung der Judikative und Legislative, um ein effektives Check-and-Balance-System zu garantieren, und nicht zuletzt durch besseren Schutz der Menschenrechte stärken soll.

Obwohl die Militärjunta zwei Wochen nach dem Putsch den Plan einer Rückkehr zur Demokratie vorgelegt hat, ließ die Tatsache, dass die Mitglieder des Verfassungskonvents, so berufsmäßig und ideologisch diversifiziert sie auch waren, vom Militär ernannt worden waren, nur die wenigsten erwarten, dass die Verfassung angenommen würde. Von vielen PolitikerInnen, die möglicherweise eine darin beinhaltete schärfere Kontrolle befürchteten, als undemokratisch oder als ein Rückschritt kritisiert, wurde sie jedoch am 19. August 2007 beim ersten Referendum in der Geschichte Thailands mit 58% angenommen. Im Kern ist die Verfassung 2007 ihrem Vorgänger sehr ähnlich. Schließlich ist der Zweck dieser Verfassung die Beseitigung der Schwäche der alten Verfassung, die Politikern Machtmissbrauch und Korruption ermöglichte, und nicht der Rückkehr zur Halb-Demokratie.

Mit der neuen Verfassung ist der Weg zu Neuwahlen geebnet, trotzdem können nicht alle vor dem Putsch aktiven PolitikerInnen wieder antreten. Die Vorwürfe des Wahlbetrugs und Machtmissbrauchs führten dazu, dass die ehemalige Regierungspartei, Thai Rak Thai (TRT), am 30. Mai 2007 durch das Urteil des Verfassungstribunals aufgelöst und deren 111 Vorstandsmitgliedern das passive Wahlrecht abgesprochen wurde. Gegen den ehemaligen Premier Thaksin Shinawatra, seine Familienangehörigen und einige seiner Minister und Vertrauten wird seit Oktober wegen Korruption, Vetternwirtschaft, und Machtmissbrauch 2006 ermittelt. Die Ermittlung dauert so lange, weil die Regierung und die Junta nicht in die Arbeit der Justiz intervenieren wollen und weil dem ehemaligen Premier ein fairer Prozess zustehe, heißt es offiziell.

Deshalb treten „nur“ 39 Parteien bei diesen Wahlen an, die unter der strengen Aufsicht der gemäß der neuen Verfassung gewählten Wahlkommission verläuft. Die Parteienlandschaft hat sich geändert, nachdem die Thai Rak Thai Partei aufgelöst wurde, so dass viele nicht von dem Urteil betroffene ehemalige TRT-PolitikerInnen Thaksin scheinbar abgewandt und neue Parteien gegründet haben. Die von dem

Urteil Betroffenen auf der anderen Seite haben eine neue Partei namens People's Power Party (PPP) mit öffentlich unbekanntem StellvertreterInnen gegründet. Zurzeit prüft die Wahlkommission, ob die politischen Aktivitäten der verurteilten PolitikerInnen durch ihre Marionetten zulässig sind. Die PPP glaubt an die Popularität der alten Regierung und verspricht eine Generalamnestie für die 111 Verurteilten als ihre wichtigste Politik.

Gegen diese Partei tritt die liberal-konservative Democrat Party, unter der Führung des jungen Abhisit Vejjajiva mit einer eher liberaleren Wirtschaftspolitik, an. Die kleineren Parteien sind die Chartthai Partei, Ruajaitthai-Chartpatthana Partei und die Pueapendin Partei. Die Letztere genießt in der letzten Zeit einen Zulauf von Ex-TRT-PolitikerInnen und angebliche Unterstützung durch das Militär. Für das westliche Publikum muss erklärt werden, dass das Links-Rechts-Schema zur Beschreibung thailändischer Politik nicht geeignet ist. Die Parteien haben meistens ein ähnliches Programm, und die Persönlichkeit der Kandidatin ist noch immer ausschlaggebend für die Wahlentscheidung in ländlichen Gebieten. Dazu begreifen die Mehrheit der ThailänderInnen Politik nicht als etwas Wichtiges, das die Gesellschaft in der jetzigen und den nächsten Generationen entscheidend beeinflussen wird. Deswegen glauben viele an kurzzeitige Wahlversprechen und manchmal nicht-nachhaltigen populistische Maßnahmen. Dies erklärt, warum selbst die Democrats erstmals populistische Elemente in ihrem Programm zulassen.

Insgesamt kann meines Erachtens keine Partei eine langfristige Vision von Thailand präsentieren. Keine Partei zeigt, wie sie sich Thailand in 20 oder 30 Jahren vorstellt, wie die Armut langfristig und effektiv bekämpft werden, wie Thailands Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben kann, wie wir unsere Außenpolitik im Zeitalter der Globalisierung und des internationalen Terrorismus gestalten kann, oder wie man die Energiekrise und Bildungsmisere in den Griff bekommt. Diese Fragen werden den Technokraten im Staatsapparat überlassen. Alle Parteien sind mehr oder weniger populistisch geworden.

Und gerade diese Technokraten sitzen seit einem Jahr im Kabinett. Die Regierung ist gemessen an der Popularität zwar nicht gerade die beliebteste, weil sie nicht weiß, wie man die Politik inszeniert und weil ihr Mandat zu kurz war und sie nicht genug Legitimität besitzt, um größere Projekte zu starten. Doch sie ist vergleichsweise sauber und hat einige unpopuläre Maßnahmen umgesetzt, die sonst kaum von den um die Wählergunst fürchtenden Partei-PolitikerInnen eingeleitet würden. Der Haushalt wurde saniert, indem man einige kostspielige populistische Projekte der alten Regierung nicht mehr weiterführte oder nachbesserte, indem man die versteckten Schulden in Staatsbetrieben verwaltete, aber auch indem man die vernünftige Steuerpolitik der alten Regierung fortsetzte. Die Außenwirtschafts- und Handelspolitik wurde wenig geändert, außer dass die extrem unpopuläre Kapitalkontrolle eingeführt wurde, um die Aufwertung des Baht zu verlangsamen. In der Sozialpolitik ist nun von dem Wohlfahrtsstaat statt staatlichen Gratis-Zuschüssen die Rede. Und in den Grenzgebieten zu Malaysia ändert sich der Kurs radikal: man bekämpft die Unruhe nun mit friedlichen Mitteln und durch Förderung friedlichen Zusammenlebens.

Insgesamt richtet sich die Politik der Regierung nach der Philosophie des Königs der „Sufficient Economics“, bei der das Maß halten und die Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen, insofern als Maßnahmen hinsichtlich Thailands nachhaltiger Entwicklung, seiner Wirtschaftskraft, seiner Selbstständigkeit und der Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen gut überlegt werden sollen, ehe man sie umsetzt. Diese Philosophie verneint die Globalisierung nicht, sondern schlägt vor, wie man langfristig, ohne Überschuldung und ohne permanent wachsendes Ungleichgewicht und daraus Vorteil ziehen kann. Deshalb scheut die Regierung auch nicht davor zurück, den Außenhandel weiter zu liberalisieren und große Investitionsprojekte wie U-Bahnen oder den Bau eines Kernkraftwerkes zu initiieren.

Ohne Pathos kann man wohl behaupten, dass diese Wahlen richtungsentscheidend wirken werden. Sie setzen nicht nur das Experiment „Neue Verfassung“ voll in Gang, und somit befreien sie die Demokratie von allen Beschränkungen, wie ein Kind, das nun selbst laufen muss. Sie werden auch die Politik in nächsten entscheidenden Jahren bestimmen, in denen Thailand und seine Region sich im Wandel befinden, und somit maßgeblich das Wohlergehen der Nation beeinflussen.